Nummer 44

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 70.— Mk. 68. Jahrgang Sonnabend, 27. Januar 1923

Als Beilagen erscheinen: Der tägliche vollständige Kurszettel der Berliner Börse, Zinsschein-Kalender, Ziehungslisten der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, Schiffahrt und Schiffbau und viele andere tabellarische Übersichten

Telegramm-Adr.: „Börsenkrone" | Für Manuskripte übern. der Verlag keine Verantwortung | Unverlangt eingel. Manuskr. ist Rückporto beizufügen | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Fernsprecher: Handel Zentrum 8669, Politik, Kunst, Lokales Zentrum 243, Expedition Zentrum 12352, Druckerei 2488

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Fernsprecher: Handel Zentrum 8669, Politik, Kunst, Lokales Zentrum 243, Expedition Zentrum 12352, Druckerei 2488

Anzeigen-Preis: Die 12gespalt. Zeile 800 Mk., Reklamezeil 4000 Mk., Stellungsuchende 240 Mk. Bezugs-Preis freibleibend: für Monat Februar 3000 Mk. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal, Bestellungen werden bei sämtlichen Zeitungsspeditoren, unserer Geschäftsstelle und bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches angenommen. Für das Ausland ist der Bezug nur unter Streifband zulässig; Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im I. Semester 1923 für Amerika 6 Dollar, Frankreich 75 frans. Francs, Belgien 75 belg. Francs, Schweiz 30 schweiz. Francs, Holland 15 holl. Gulden, Dänemark 30 dän. Kronen, Schweden 30 schwed. Kronen, Norwegen 30 norw. Kronen, England 30 Schilling, Italien 150 Lire, Rumänien 700 rum. Lei, Spanien 40 span. Pesetas, Finnland 240 finn. Mark, Tschechoslowakei 175 tschech. Kronen, ferner für Oesterreich-Ungarn und Polen pro Monat 4000 Mark.

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

ERICH MEYERFELD BERLIN BEHRENSTR. 55-56 GRUNDSTÜCKE

Die „Verfehlungskomödie" in Paris

TU Paris, 26. Januar.

Die Reparationskommission erklärte in ihrer heutigen Sitzung Deutschland als allgemeiner Verfehlung (défaut général) schuldig und lehnte darum das deutsche Moratoriumsgesuch ab. Für diese Entschließungen stimmten die belgischen, französischen und italienischen Vertreter, während die englischen sich der Stimme enthielten. Die Kommission entschied dahin, daß nunmehr das Schema des Londoner Abkommens vom Jahre 1921 wieder in Kraft trete und an die deutsche Regierung die Mitteilung zu richten, daß sie am 31. Januar ½ Milliarde Goldmark zu zahlen habe.

Poincaré wird sarkastisch.

Eine neue Art, Noten zu beantworten.

Berlin, 26. Januar.

Die Französische Regierung hat die letzten deutschen Noten, worin gegen das militärgerichtliche Verfahren in Mainz und gegen neue Verhaftungen im Ruhrgebiet protestiert wurde, mit den folgenden beiden Noten vom 24. und 25. Januar beantwortet:

I.

„Verbalnote."

Der deutsche Geschäftsträger hat in einem Schreiben vom 23. Januar dagegen protestiert, daß ein Teil der im Ruhrgebiet verhafteten Personen nach Mainz gebracht worden ist, um dort vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden. Er hat ferner gegen die Verhaftung deutscher Beamten protestiert, die es abgelehnt haben, die ihnen von der Okkupationsbehörde erteilten Befehle zu befolgen.

Die französische Regierung muß sich ein für allemal auf die Antwort beziehen, die sie am 22. Januar auf das vom deutschen Geschäftsträger übergebene Aide Memoire vom 21. Januar erteilt hat: Die von den Okkupationsbehörden getroffenen Maßnahmen sind die Folge der von der deutschen Regierung begangenen Verletzungen des Vertrages von Versailles, sie haben keinen anderen Zweck, als die Ausführung des Vertrages sicherzustellen

II.

„Herr Geschäftsträger!

Auf Befehl Ihrer Regierung haben Sie durch Ihren Brief vom 24. d. M. gegen die im Ruhrgebiet vorgenommene Verhaftung deutscher Beamter Einspruch erhoben, die sich geweigert hatten, die Befehle französischer Militärbehörden auszuführen. Ich kann mich nur auf die Antworten beziehen, die am 22. und 24. Januar auf Ihre früheren Mitteilungen ergangen sind. Ich wiederhole, daß die diesbezüglichen Maßnahmen die Folge der Verletzung des Vertrages von Versailles (!) sind, die die deutsche Regierung begangen hat, insbesondere dadurch, daß sie ihren Beamten verbot, diesen Vertrag auszuführen. Ich füge hinzu, daß dieses Schreiben

im voraus alle weiteren Mitteilungen beantwortet, die ich etwa in dieser Angelegenheit noch von der deutschen Botschaft erhalten würde.

•

Anmerkung des W. T. B.: Der französische Ministerpräsident hat sich in schon stets im diplomatischen Verkehr ungewöhnlicher Formen befleißigt. Der Umstand jedoch, daß er in dieser Note zukünftig deutsche Noten im voraus beantwortet, stellt immerhin ein Novum dar.

Der optimistische Le Trocquer.

EE Paris, 26. Januar.

Der Arbeitsminister Le Trocquer begab sich heute zur Senatssitzung. In den Wandelgängen erklärte er den Senatoren, die ihn nach seinen Eindrücken, die er im Ruhrgebiet gewonnen habe, befragten, er hege die Hoffnung, daß die Operationen gelingen werden. Die Kundgebungen, die sich in einzelnen Städten bisher ereigneten, seien ohne Bedeutung (?) gewesen.

EE Paris, 26. Januar.

Le Trocquer hatte heute sogleich nach seiner Rückkehr aus dem Ruhrgebiet eine Konferenz mit seinen Ministerkollegen Poincaré, Maginot und Reibel sowie mit dem belgischen Vertreter in der Reparationskommission Delacroix, denen er über die Lage berichtete. Le Trocquer wies auf das Einvernehmen zwischen den französischen, belgischen und italienischen Zivil- und Militärbehörden (?) im neubesetzten Gebiet hin. General Weygand habe gesagt, die Schwierigkeiten, auf die man augenblicklich bei der Bevölkerung stoße, rühren in der Hauptsache von der Beamtenschaft her, die ohne Begeisterung (?), doch in Festigkeit den Befehlen der Reichsregierung gehorche. Im Grunde genommen zeige die Bevölkerung eine ruhige Haltung. Ein Arbeiterstreik stehe nicht in Aussicht. Le Trocquer verlangt für den Fall, daß das Ruhrgebiet dauernd besetzt bleibe (?), eine Reihe notwendiger Maßnahmen.

Unter dem Terror der Bajonette.

Verschärfung der Lage im Ruhrgebiet.

Wachsende Erregung der Bevölkerung.

Gebrauch der blanken Waffe. — Erneute Beschlagnahme von Lohn- und Bankgeldern. — Einsetzung der Eisenbahntruppen.

B Essen, 26. Januar.

(Eigener Drahtbericht.)

Die Lage im Ruhrrevier hat auch heute eine weitere Verschärfung erfahren. Wenn es auch bei den gestrigen großen Kundgebungen in Essen und Düsseldorf, von kleineren Zwischenfällen abgesehen, nicht zu ernsten Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung und den Besatzungstruppen gekommen ist, was übrigens zu einem sehr großen Teil der besonnenen und umsichtigen Haltung der deutschen Schutzpolizei zu verdanken ist, so wächst die Erregung der Bevölkerung doch zusehends. In Duisburg wurde heute vormittag gleichfalls ein großer Demonstrationszug der Beamtenschaft gegen die Beamtenverhaftungen veranstaltet. Tausende von Demonstranten zogen nach einer Kundgebung vor dem Landgerichtsgebäude, in welchem der verhaftete städtische Forstmeister gefangen gehalten wird, nach vergeblichen Versuchen, diesen frei zu bekommen, nach der Düsseldorfer Straße, um vor dem Hause des belgischen Kommandanten zu demonstrieren. Belgische Gendarmen hatten aber die Straße abgesperrt. Eine belgische Truppenabteilung ging mit blanker Waffe vor und zerstreute die Demonstranten, aus deren Menge wahllos eine Anzahl Leute verhaftet wurden.

Außerordentlich groß ist auch die Erregung der Bevölkerung in Bochum, das seit gestern von jedem Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr abgeschnitten ist. Auch der Ortstelephonverkehr ist unterbunden. Das Post- und Telegraphenamt wurde von französischen Truppen besetzt, deren Kommandant den Zeitungen verboten hat, auch nur ein Wort über die skandalösen Vorgänge bei der gewaltsamen Besetzung des Post- und Telegraphenamtes, wobei mehrere Beamte mißhandelt wurden, zu veröffentlichen. Die Kaufleute, Handwerker und Gastwirte in Bochum haben im Einvernehmen mit ihren Arbeitgebervertretungen und mit ausdrücklicher Billigung der Spitzengewerkschaften beschlossen, von morgen ab jede Verabfolgung von Waren, Speisen und Getränken sowie handwerklichen Dienstleistungen an das französische und belgische Militär in jeder Form zu verweigern. Die gesamte Einwohnerschaft von Bochum, die über das gewalttätige Vorgehen der Besatzungstruppen aufs höchste empört ist, unterstützt dieses Vorgehen der Gewerbetreibenden.

In Dortmund haben die Franzosen erneut Reichsbankgelder beschlagnahmt, insbesondere Lohngeldtransporte für das Stahlwerk Hoesch, die bis jetzt noch nicht wieder freigegeben worden sind. Von dem Reichsbankdirektor wurde verlangt, er solle sich verpflichten, keine Steuern oder sonstigen öffentlichen Gelder in das unbesetzte Deutschland abgehen zu lassen, was dieser ablehnte. Da außerdem die Franzosen dazu übergingen, durch Posten die Besucher der Reichsbank auf Geld untersuchen zu lassen, ist die Reichsbank wieder geschlossen worden, was jedenfalls auch zu einer erneuten Schließung der Dortmunder Banken führen wird.

Ueber die Stadt Gelsenkirchen ist der Belagerungszustand verhängt worden wegen der Menschenansammlungen, zu denen es gestern bei der Durchfahrt der Ruhrindustriellen gekommen ist, obwohl dabei keinerlei Ausschreitungen vorgekommen sind.

Der Eisenbahnverkehr

gerät unter dem Vorgehen der Franzosen und Belgier immer mehr zum Erliegen. So ist seit heute mittag auch der Betrieb auf den Bahnhöfen Borbalhe, Düsseldorf-Grafenberg und Düsseldorf-Lierenfeld eingestellt worden. In der Umgegend der Stadt Hagen haben heute französische Truppen den großen Güterbahnhof Hengstei, einen der Ausgangsbahnhöfe aus dem Ruhrbezirk im Abschnitt der wichtigen Eisenbahnlinien Hagen—Soest und Hagen—Altena—Siegen besetzt, so daß auch auf diesem Bahnhof das deutsche Eisenbahnpersonal den Dienst einstellte. Die Versuche der Franzosen und Belgier, durch eigenes Personal den Eisenbahnverkehr teilweise wieder in Gang zu bringen, dauern fort. Auf der Köln—Mindener Strecke von Recklinghausen über Oberhausen—Mettwig nach Düsseldorf haben die Eisenbahntruppen jetzt unter Ausschaltung des Stellwerks Soest notdürftig ein durchgehendes Gleis geschaffen. Auf den Stationen Kettwig, Werden, Essen—Stadtwald, Reisfingen und Aplerbeck haben die Besatzungstruppen das deutsche Personal zum Verlassen der Bahnhöfe gezwungen und sich selbst dort festgesetzt.

Heute nachmittag ist von Düsseldorf ein französischer Militärzug mit französischem Eisenbahnpersonal nach Essen abgegangen. Der Zug wird über Kettwig—Werden geleitet, auf welcher Strecke die Franzosen sämtliche Bahnhöfe besetzt haben.

Die Ausweisungen und Verhaftungen

leitender Staatsbeamten durch die Franzosen und Belgier nehmen immer größeren Umfang an. Die Franzosen haben heute nachmittag den Regierungsrat Oerlo verhaftet. Die Belgier haben heute den Landrat des Kreises Moers, v. Endert, seines Amtes enthoben, weil die Landjäger des Kreises sich an der halbstündigen Arbeitsruhe an dem Trauertage wegen der Ruhrbesetzung beteiligt haben.

•

Die Essener Handelskammer hat bei dem Kommandanten der Besatzungstruppen gegen die wiederholten Unterbrechungen des Fernsprechverkehrs protestiert und schärfste Verwahrung dagegen eingelegt, daß die gesamte Oeffentlichkeit, insbesondere Industrie und Handel, einer derartigen Willkür der Truppen ausgesetzt werden.

Verschärfung des Belagerungszustandes.

EE Paris, 26. Januar.

Eine Düsseldorfer Havasdepesche hält eine Verschärfung des Belagerungszustandes für wahrscheinlich. Jedenfalls werden die anfangs verhängten und dann gemilderten Maßnahmen wieder volle Geltung erlangen.

Französische Säbelattacken auf Frauen und Kinder.

Trier, 26. Januar.

Heute vormittag ist es verschiedentlich zu ernsten Zwischenfällen gekommen. Zahlreiche Personen, darunter Frauen und Kinder, sind verwundet worden. Die Zahl der Verletzten läßt sich nicht feststellen, da ein Betreten der Straße mit Lebensgefahr verbunden ist. Die französischen Spahis durchrasen die Stadt und hauen mit gezogenen Säbeln auf die friedlichen Passanten ein. Der tägliche Verkehr ruht. Die „Trierer Landeszeitung" ist für drei Tage verboten worden. Der Direktor der „Trierer Landeszeitung" wurde von Marokkanern angefallen und verprügelt.

Der Düsseldorfer Bürgermeister verhaftet.

Düsseldorf, 26. Januar.

Bürgermeister Schmidt, der Stellvertreter des Oberbürgermeisters, ist heute mittag von den französischen Besatzungsbehörden verhaftet worden. Die Verhaftung erfolgte, wie die „Düsseldorfer Nachrichten" melden, im Rathaus, als eine Besprechung der Fraktionsführer der Stadtverordnetenversammlung stattfand. Der Stadtverordnete Adams erhob namens der Stadtverordnetenversammlung Protest gegen die Verhaftung. Auf die Frage, aus welchen Gründen die Verhaftung erfolgt sei, wurde keine Antwort gegeben. Der Bürgermeister wurde im Kraftwagen weggebracht.

Zollrat Weyer und Oberzollinspektor Vogt vom Hauptzollamt in Neuß sind ausgewiesen worden.

Helft den Ruhrdeutschen!

Spenden nimmt die **Berliner Börsen-Zeitung** entgegen in ihrer Hauptkasse Berlin W. 8, Kronenstraße 37, und auf ihr Postscheckkonto Berlin Nr. 26412. Quittung erfolgt durch Veröffentlichung der Namen der Spender sowie der gezeichneten Beträge in der Berliner Börsen-Zeitung.

Schwedens Politik.

Die Vermittlungsbedingungen.

Aus Stockholm wird uns geschrieben:

Schwedens Lage zu Beginn des Jahres 1923 ist wesentlich günstiger als vor einem Jahr. Viel deutet darauf, daß die wirtschaftliche Depression nachzulassen beginnt. Das Preisniveau hat sich während des vergangenen Jahres in hohem Grade gefestigt, die Arbeitslosigkeit sichtlich vermindert und die Produktionsziffern sind beständig im Steigen gewesen. Dies gilt besonders von gewissen Ausfuhrindustrien. Die Entwicklung ist also über Erwarten günstig verlaufen und der Reichstag, der dieser Tage wieder zusammentritt, konnte daher mit aller Zuversicht wieder an seine Arbeit gehen. Natürlich sind die staatsfinanziellen Schwierigkeiten nicht keineswegs überwunden, aber die Regierung hat durch strenge Sparsamkeit und entschlossene Energie auch diesmal ein Budget zustande bringen können, in dem die Ausgaben von wirklichen Einnahmen gedeckt werden. Die Presse der verschiedensten Richtungen ist darin einig, daß das Budget sicher dasteht, und beglückwünscht den Finanzminister Thorson zu seinem Werk, umsomehr als ihm die Durchführung ohne die Anforderung neuer Steuern geglückt ist.

Die Gesamtsumme des Budgets beträgt 737,6 Millionen Kronen, während die entsprechende Ziffer für 1922 930,6 Millionen Kronen betrug. Diese Herabsetzung um annähernd 200 Millionen Kronen hat nur vermöge einer scharfen Sparsamkeit auf allen Gebieten durchgeführt werden können, wobei natürlich der Wert der Geldsteigerung in gewissem Sinne ein mitwirkender Faktor gewesen ist. Von der für 1922 bewilligten Pauschsumme von 85 Millionen Kronen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind dank Rückgang der Arbeitslosigkeit bedeutende Ersparnisse gemacht worden, sodaß die Regierung zu diesem Zweck glaubte, nicht mehr als 5 Millionen Kronen anfordern zu müssen. Durch Abstreichen an der Teuerungszulage der Staatsbeamtenstellen und die Vereinfachung des Verwaltungsapparates werden 79,4 Millionen Kronen gespart und außerdem werden weitere Ersparnisse auf diesem Gebiet in Aussicht gestellt.

Mit tief gehenderen Meinungsverschiedenheiten rechnet man in der jetzigen Reichstagstagung nicht und die Presse ist ziemlich einig darin, daß das Bestehen der gegenwärtigen Regierung nicht bedroht ist. Die Frage, um die man den heftigen Streit erwartet, ist die von der Regierung vorgeschlagene Verlängerung des Achtstunden-Tages; aber der Ausgang dieses Kampfes dürfte von vornherein feststehen, da die Regierung mit Unterstützung der Liberalen über die Mehrheit für die Vorlage verfügt.

In seiner Thronrede bei Eröffnung des Reichstags gab der König seinem Optimismus hinsichtlich des Völkerbundes Ausdruck und bezeichnete es als ein Zeichen einer verheißungsvollen Zeit, daß der Völkerbund auch jetzt bereits in Fragen angegangen werden dürfte, wo es sich um Nachkriegsprobleme handele. Unter solchen Umständen würde Schwedens Wahl in den Völkerbundsrat noch bedeutungsvoller und noch verantwortungsvoller.

Auch der Ministerpräsident Branting berührte dieses Problem in einer Rede bei der konstituierenden Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Er stellte fest, daß die Bestimmungen des Versailler Friedens sich in verschiedenen Beziehungen als undurchführbar erwiesen hätten und daß der Völkerbund gleichsam machtlos vor der drohenden neuen Gefahr stünde. Es sei ungewiß, ob der Völkerbund einschreiten könnte und ob die maßgebenden Mächte wirklich bei dem neuen Reparationskonflikt einschreiten wollten. Es sei eine Ehre für Schweden, daß man an verschiedenen Stellen den Blick dorthin gerichtet habe mit dem Wunsche, die Initiative zu einem evtl. Einschreiten zu ergreifen. Hinsichtlich einer solchen Initiative könne Schweden mit einer starken Unterstützung der Sympathien der Arbeiterklasse in der ganzen Welt und mit ihrer Mitwirkung bei allen Maßnahmen rechnen, die darauf ausgingen, ein besseres Verständnis zwischen den Völkern zu schaffen und brutalen Eingriffen mit Gewaltmitteln vorzubeugen. „Wir früheren Neutralen", sagte er, „müssen lernen unsere Schuldigkeit gegen das Europa zu verstehen, das aus dem Weltbrand hervorgegangen ist und zu einem dauerhaften Frieden und zur Völkerversöhnung auf dem Boden des Rechts beizutragen. Auch wenn es uns mit unseren Bemühungen diesmal nicht gelingt, ist es doch stets unsere Schuldigkeit, zu tun, was wir vermögen."

Liebesgaben der Königin von Schweden.

Berlin, 26. Januar.

Auf Veranlassung der Königin von Schweden wird am Sonnabend, den 27. d. M., ein schwedischer Güterwagen, der Liebesgaben enthält, von Stockholm über Saßnitz abgesandt, der an den Badischen Landesverein vom Roten Kreuz adressiert ist.

Der Dollar
im gestrigen Abendverkehr
24750.